

Donnerstag den 16. September 1915.

Wiesbaden, 16. September 1915.

Auf Einladung des Ortsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge fanden sich am Mittwoch abend 6 Uhr zahlreiche Vertreter der Industrie, von Handel und Gewerbe in Frankfurt a. M. zu zwei Vorträgen ein, die die Aufgaben und Entwicklung der Kriegsbeschädigtenfürsorge behandeln. Referenten waren die Herren Bürgermeister Dr. Luppe und Professor Dr. Ludloff. Unter den Erschienenen befand sich auch die Frau Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, ferner Regierungspräsident Dr. v. Meißner, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn, Polizeipräsident Rief von Scheurnichloß, Eisenbahndirektionspräsident Reuleaux, Oberbürgermeister Voigt, Landeshauptmann Kredel (Wiesbaden), Landrat Dr. Klauer (Höchst), Landtagsabg. Desler, Stadträte und Stadtverordnete. Aerzte um

Überbringermeister Voigt wies in seiner Begrüßungs-
ansprache auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von Indus-
trie, Handel und Gewerbe mit der Kriegsbeschäftigtenfürsorge
hin und betonte, daß die ungeheuren Verluste an Volkskraft
auf den Schlachtfeldern die Steigerung der Leistungsfähigkeit
des Einzelnen als ein volkswirtschaftliches Gebot erscheinen
lassen, daß es sich somit bei der Einstellung von Kriegsbeschäftigten
nicht um Akte der Wohltätigkeit, sondern um die Ein-
lösung einer Dankeschuld und die Erfüllung einer vaterländischen
Pflicht handle.

Auf diesen Ton war auch der Vortrag des Herrn Bürgermeisters L u p p e gestimmt, der ausführte:

Je länger der Krieg dauert, desto größer wird die Zahl der Kriegseingezogenen. Das ganze Volk empfindet es als eine Landes-
schuld, daß wir alles thun, um ihnen nach dem Krieg eine Existenz
zu ermöglichen, auf der sie vor dem Kriege gehalten haben. Es
ist gesagt worden, daß sie nicht wieder zum Vollerlassen greifen dürfen.
Aber wie ermöglichen wir das? In erster Linie wäre und ist das
Aufgabe des Staates durch Gewährung ärztlicher Hülfe und an-
gemessener Renten. Aber mag die Rentenfrage noch so entgegen-
kommend geregelt werden, sie wird nicht verhindern, daß einzelne
zum Vollerlassen greifen. Denn diese Rente reicht nicht aus. Der
Invalide soll und darf nicht allein von der Rente leben, denn das
bedeutet Verfall und Trägheit und sonstige üble Erscheinungen. Er
muß sich betätigen; die Arbeit muß ihm wieder einen ständigen
Satz geben. Wir müssen bestrebt sein, nicht nur die Pensionärs-
klasse zu ersetzen, die dieser Krieg fordert, wir müssen auch unsere
vorhandenen Arbeitskräfte noch ausnützen. Gerade die Arbeit-
geber haben das größte Interesse daran, diese Kräfte auszunützen.

Wie kann das geschehen? Der den Kriegsbeschädigten helfen will, muß Opfer bringen. Die Kriegsbeschädigten müssen durch reichliches Behandeln und Eingehen auf ihre Veranlagung zur Arbeit erzo-gen werden. Kriegsbeschädigte wie Unternehmer müssen dabei in mancher Beziehung umlernen. Es darf nicht noch dem ersten Mißerfolg gesont werden, mit dem Manne ist nichts anzufangen; denn wenn die Kriegsbeschädigten erstmals zurückgewiesen werden, dann greifen sie leicht zum Verzweifeln, werden mürrisch, veragot und erheben Anklagen gegen die Gesellschaft. Deshalb muß schon in den Vorgesetzten die Verursachung einfließen. Wenn man erst Erfahrungen gesammelt hat, dann wird diese Verursachung eine leichtere sein. Mit der Berufsberatung muß die Berufs-ausbildung in den Werkstätten Hand in Hand gehen, und zwar unter Zuziehung von Beratern, Unternehmern und Arbeitern. In die Berufsausbildung erfolgt, dann muß ein Unternehmer gefunden werden, um dem Beschädigten Arbeit zu vermitteln.

Wo soll die Tätigkeit der Kriegsbeschädigten erfolgen? Möglichst in dem Beruf, dem er früher zugehört hat. Es ist nichts da-mit getan, daß ein Unternehmer einen gelehrten Kriegsbeschädigten als ungelernten Arbeiter, Tagelöhner, Schreiber, Portier oder dergleichen beschäftigt. Das empfinden diese Leute als berufliche De-gradation.

Wenn gesagt wird, Staat und Gemeinden sollen den Invaliden helfen, sollen ihnen Arbeit geben, so ist darauf zu erwidern: das ist nicht möglich. Die Gemeinden müssen vor allen Dingen die bisherigen Invaliden, dann gemäß den gesetzlichen Bestimmungen die Militärärzte beschäftigen. Wenn mehr müssen Industrie und Handel verlassen, ihre Arbeiter wieder aufnehmen, und zwar eignen sich dazu in erster Linie große und mittlere Betriebe, da hier die Arbeitsteilung die Rohhermachtung zur einseitigen Fähigkeiten aufheben ermöglicht, wogegen der kleine Betrieb meist volle Arbeitsfähigkeit verlangt. Wenn solche Hemmnisse Schwierigkeiten bereiten, so dürfen sie den einschlägigen Arbeitgeber nicht abbringen; auch dürfen die Arbeitgeber nicht ihre wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellen; sie dürfen sich nicht scheuen, auch mal einen Lungenkranken zu beschäftigen. Nochmals: es müssen Opfer gebracht werden, sonst bleibt der Erfolg ein problematischer. Die Arbeitgeber müssen auch in der Lohnfrage Entgegenkommen und Verständnis zeigen: die Einstellung von Kriegsbeschädigten darf nicht zur Lohnruhr benutzt werden. Im besten wäre es, wenn diese Frage durch Tarifverträge geregelt würde. Wenn die Arbeitgeber in allen diesen Fragen Entgegenkommen und Verständnis zeigen, dann liegt das nur in ihrem Interesse. Denn sie machen dadurch die Kriegsbeschädigten zu arbeitstreibenden Menschen, sie bewahren sie vor dem Verhungern in Armut und Elend, und dies ist nicht nur Sache des Staates, sondern Gemeinschaftssache, eine Aufgabe, die unter Anspannung aller Kräfte und Mittel gefördert und gelöst werden muß. Deshalb

Nach dem Sozialpolitiker kam der Arzt zum Wort. Herr Prof. Dr. S u b l o f f verbreitete sich eingehend über die durch die Schuldverletzungen hervorgerufenen Vererbungen und deren Heilung. In zahlreichen Vortragsbildern zeigte er, welche einschlägigen Vererbungen und Vererbungen der Gliedmaßen vorkommen können und wie diese Vererbungen geheilt werden. Man erhebt über die geistlichen Fortschritte, die die chirurgische Kunst gemacht hat. Während man früher rasch bei der Hand war, verlor man die Glieder zu amputieren, ist die Chirurgie jetzt bestritten, die Glieder zu erhalten. Denn Subloff sagt: Auch das verkrüppelte Glied ist für den Betroffenen immer noch wertvoller, wie gar keines. Gezeigt wurden verschiedene Verwundungen, die Brüche, Verfracturen, Verbiegungen oder Lähmungen zur Folge hatten, welche leichter zum Teil durch geeignete Schienen behoben werden können. In diese Ausführungen schloß sich eine Vorführung von Patienten, welche die verschiedensten Strecken, Schienen und sonstigen Vorrichtungen zum Ausheilen von Verkrüppelungen und Lähmungen im Gebrauch zeigten. Professor Subloff ist der Meinung, daß fast jeder Kriegsverletzte, wenn er die nötige Entgelt aufwendet, sich wieder betätigen kann. Hoffentlich findet diese Auffassung aber nicht in dem Sinne Anwendung, wie bei den Versicherungsvereinigungen und ihren berechtigten Rentengeldern.

Vom Königlichcn Oberverficherungsamte wird uns ge-
schrieben: Da durch Bundesratsverordnung vom 19. August
1915 (Reichsgefetzblatt Seite 511) die Grst. für welche die
erstmalige Festsetzung der Ortslöhne im ganzen Reiche gilt

(§ 151 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung), bis zum 31. Dezember 1916 verlängert worden ist, bleibt die durch Bekanntmachung des Oberversicherungsamts vom 24. Oktober 1913 (Regierungsblatt Seite 292) erfolgte Festsetzung des Ortslohnes und die durch Bekanntmachung des Oberversicherungsamts vom 2. Dezember 1912 (Reg. Amtsblatt Seite 473) erfolgte Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter auch für das Jahr 1916 wirksam.

Bezirksausschuß. Die im Zuge der Bezirksstraße Wiesbaden, Ernst, Koblenz belegene Wohnfährre zu Miellen ist lange Jahre zugeständenermaßen auf Staatskosten unterhalten worden. Als jedoch unlängst die Polizeiverwaltung zu Miellen in ihrer Eigenschaft als Regopolizeibehörde das Wasserbauamt zu Diez um Abdeckung der Rante bei Kiesunging, wurde behauptet, daß die Gemeinde zur Tragung der Kosten verpflichtet sei. Der Bezirksausschuß entschied auf die Klage im Sinne der Gemeinde, weil sich zu deren Gunsten eine Oberbank herausgebildet habe.

Die Konsumentenausschüsse des 18. Armeekorpsbereiches bilden am Sonntag in einer in Frankfurt a. M. stattgehaltenen Vertreterversammlung einen Bezirksausschuß, dessen Geschäftsführung dem Ortsausschuß Frankfurt a. M. übertragen wurde. Dem Bezirksausschuß gehören die bestehenden Ortsausschüsse Darmstadt, Frankfurt, Siegen, Griesheim, Hödel, a. M., Mainz, Lffenbach a. M., Siegen und Worms an. In Würzburg begriffen sind die Ortsausschüsse in Regensburg und Bamberg.

Reichstheater. Am Freitag wird eine der ausgiebigsten Operetten „Der fidele Bauer“ gegeben. Dieses überaus wirksame Werk mit seiner glänzenden Musik ist ein Lieblingsstück des Publikums und in Wiesbaden sehr gesucht. Die Hauptrollen liegen in den Händen von Anni Sutter, Emil Rothmann, Emil Schroder ufm. Am Samstag wird „Der fidele Bauer“ wiederholt und am Sonntagabend „Die Hörner-Christi“.

die noch der heutigen Partikane im Sinne von Ziffer 3 der Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos 18. Armee-Korps vom 20. Juli 1913 für mittlere bis gute Ware als angemessen gelten. Für Milch-, Fett-, Treibhaus- und Eßware sind die Preise nicht maßgebend.

Kartoffeln und Gemüse: das Pfund: Borsdarskoffeln 4,5—6
 Bfg. Salatkoffeln 12 Bfg., Stangenbohnen 28—30 Bfg., Reish-
 kraut, das Stüd 15—40 Bfg., Pisina, das Stüd 15—40 Bfg., Rot-
 kraut, das Stüd 20—40 Bfg., Römischkohl 12—15 Bfg., Achtkohl (ober-
 irdisch), das Stüd 6—15 Bfg., Erbsenbohnen (Stedrüben) 15—25 Bfg.,
 Spinat 22—25 Bfg., Gelbe Rüben 10—12 Bfg., Karotten 6—8 Bfg.,
 rote Mören 12 Bfg., Schwarzwurzen 28—30 Bfg., Rapskohl, das
 Stüd 5—12 Bfg., Gelberisalat, das Stüd 8—20 Bfg., Zwiebeln
 12—20 Bfg., Salatkraut, das Stüd 10—12 Bfg., Cimmischlagurken,
 10 Stüd — Bfg., Pfirsichgärten, 100 Stüd 100—300 Bfg.
 Obst: das Pfund: Äpfel, bessere Sorte 10—25 Bfg., Äpfel,
 mittlere Sorte — Bfg., Apfelsäpfel 8—12 Bfg., Goldäpfel 5—6 Bfg.,
 Gbirnen, bessere Sorte 12—25 Bfg., Gbirnen, mittlere Sorte — Bfg.,
 Roshbirnen 8—12 Bfg., Pfirsich, 1. Sorte 20—50 Bfg., Walnüsse
 35—40 Bfg., Zmetaden 20—22 Bfg., Beerstheeren 50—60 Bfg.,
 Sonstige Waren: Schrahmbutter, das Pfund 210 Bfg.,
 Trinfreier, das Stüd 18 Bfg., Handrä, das Stüd 5—10 Bfg.

Städt. Ratfieberwaltung.

Freitag, 14. Sept. (Aus der Partei.) Die am Samstag abgefundene Mitgliederversammlung war von allen noch nicht kriegsdienst eingezogenen Mitgliedern besucht. Die auf den kriegsfähigen gefallen Genossen wurden durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Kassenbericht, den Genosse Böder gab, zeigte ein erfreuliches Bild. Dem Genossen wurde für sein gutes Arbeiten eine Entlohnung erteilt. Der Vezug von Danersleisch und Gries durch die Gemeinde wurde lebhaft debattiert. Eine Komposition von sechs Mitgliedern wurde gewählt, die die Sache in die Hand nehmen soll. Unter „Verschiedenes“ wurde von allen Genossen die Lage der Kriegerfrauen und die Unterstützungsfrage lebhaft behandelt. Verschiedene Klagen von Kriegerfrauen wurden zur Sprache gebracht, desgleichen auch die schroffe Behandlung auf dem Kriegermilitär. Die Kriegerfrauen werden ersucht, in Zukunft sich zu beschweren bei unseren Gemeindevorstellern, den Genossen Böder, Diebig, Schiller, Böder, Schreiber und Roth anzubringen. Schließlich wurden alle Genossen ermuntert, fest und treu zu unserer Sache zu halten. Von jetzt ab findet wieder monatlich eine Versammlung statt.

Wochenmarktfrauen.

In Marburg waren die Vandleute, die auf dem Markte ihre Waren feilboten, von Markttag zu Markt mit den Preisen unerschämterweise in die Höhe gegangen. Als gestern für das Pfund Butter 2 Mark verlangt worden, war die Geduld der Käufer zu Ende; es wurde einfach Kauffreie proklamiert. Die Bauern wurden nun freudig einige sagten, die Butter lieber den Kühen als den Hühnern zu fressen zu geben. Ob einer derartigen Gemeinheit gab's kein Halten mehr und im Augenblick tollerten die Hühnerfresser mit Inhalt auf dem Marktplatz herum.

So ist es recht. Wenn alle Instanzen verlagen, greifen eben zur Selbsthilfe. Das Marburger Beispiel könnte den Leuten zur Warnung dienen!

Schwanheim, 15. Sept. (Bekanntmachung.) Die Anordnung zur Landsturmrolle findet am 16. und 17. September, von 4 bis 6 Uhr, und am Samstag den 18. September, mittags von 8 bis 9 Uhr, statt.

Obernietel, 15. Sept. (Zur Beachtung!) Am Sonntag
18. September, abends 8½ Uhr, findet eine Versammlung des
Vereins in der „Kaiser-Eiche“ statt. Angeichts sehr wichtiger
Sachen ist es unbedingt notwendig, daß alle Genossen erscheinen.
Auch die Frauen der Kriegsteilnehmer sind eingeladen. In der
Versammlung referiert Genosse Walter. (Schstl).

Gornau i. L., 15. Sept. (Gemeindevorsteher
ung.) In der Sitzung am 14. September kam es zu
st zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem
rgermeister und dem Genossen Herrmann. Hieraus wies
osse Herrmann darauf hin, daß in der Sitzung vom 17.
li von dem Vertreter B. Schmitt beantragt worden sei
e der Tagesordnung der nächsten Sitzung die Beschluß
ung über Abgabe von Besenreißern im Gemeindegeld zu

legen. Die Sitzung habe dem zugestimmt und man hätte annehmen können, daß diese Angelegenheit in der nächsten ordentlichen Sitzung am ersten Dienstag im August nun auch zur Berathung kommt. Die Sitzung ist ausgefallen, aber auch im September habe keine Sitzung stattgefunden und auf der heutigen Tagesordnung fehle dieser Punkt. Er beantrage deshalb, die Sache als dringlich zu behandeln und sofort zu beraten. Damit waren die übrigen Vertreter einverstanden und wohl oder übel mußte sich der selbstgefallige Herr Bürgermeister fügen. In Anbetracht dessen, daß unter der Abgabe der Befreiener an Ortsfremde der Bald vollständig preisgegeben sei und durch das fortschreitende Abschneiden ganz junger Birkenstämme der Bald sehr leidet, wurde beschlossen, an Ortsfremde in Zukunft keine und an Ortseinswohner nur noch eine Last Reisler abzugeben. Zur Berathung stand dann noch die Festsetzung des Gehalts bez. der Bezüge des neu zu wählenden Bürgermeisters. Die bisherigen Bezüge bestanden in 1427 Mark als Gehalt, 60 Mark für Schreibmaterial und Vortodergütung noch einer zu führenden Liste. Da die Bezüge generell für den Kreis geregelt sind, wurde beschlossen, die 1427 Mark bestehen zu lassen, ferner Vorto noch einer Liste zu vergüten, aber die 60 Mark für Schreibmaterial nicht mehr zu vergüten, da fast ausschließlich Formulare und vorgedruckte Quverts verwendet werden, die von der Gemeinde extra bezahlt werden. Auch der Bürgermeister meinte, es sei nicht mehr viel Geld für Schreibmaterial notwendig. Eine Anfrage des Genossen Müller, warum der Wahltermin für den Bürgermeister am Samstag auf 3 Uhr nachmittags festgesetzt sei und nicht mindestens auf 4 Uhr, damit die in Frankfurt beschäftigten Vertreter und Schöffen mindestens bis Mittag hätten arbeiten können, beantwortete der Bürgermeister kurz: „Was die Sache sein, die werden mittags gemacht, die kann man abends nicht machen.“ Als ihm darauf gesagt wurde, daß dazu um 6 oder 7 Uhr abends noch immer Zeit ist und in andere 4 Orten auch den Vertretern etwas mehr Entgegenkommen gezeigt wird, gab der Bürgermeister keine Antwort mehr. Er schloß vielmehr die Sitzung, vielleicht in dem Bewußtsein, daß man ihm nicht mehr lange Vorkhaltungen über derartige Rücksichtslosigkeiten machen werde.

Hornau, 15. Sept. (Die bevorstehende Bürgermeistereiwahl) scheint dem alten Herrn Bürgermeister nicht günstig zu stehen; denn er erklärt in der „Königl. Ztg.“ in einer amtlichen Bekanntmachung, daß er eine Wiederwahl nicht annehme. Die Trauben scheinen dem Herrn diesmal zu hoch zu hängen.

+ Königsberg, 13. Sept. (Bei äußerliche Erscheinung.) Die auf Samstag anberaumte Versammlung des Wohlvereins mußte wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. Es konnte nur eine Besprechung stattfinden. Ein Teil der Mitglieder kam erst gegen 10 Uhr, ein anderer zog es vor, im Birtlokal dem Kartenspiel zu huldigen. Diese Erscheinung ist in Anbetracht dessen, daß unsere Mitglieder stets aus dem Felde bitten, die Organisation hochzuhalten, recht bedäunend.

Samn, 10. Sept. (Städtischer Kartoffeleinkauf.)
Der Magistrat gibt hierzu bekannt: Am den kleinen Handwebern und allen denjenigen, welche nicht in der Lage sind, den ganzen Bedarf an Kartoffeln sofort anzukaufen und einzulagern, mit Ausnahme der Familien der Kriegsteilnehmer und städtischen Rothlandarbeiter, die Kartoffelbeschaffung zu erleichtern, beabsichtigen wir, auf Antrag die Kartoffeln anzukaufen, zu lagern und in kleineren Mengen gegen sofortige Bezahlung abzugeben. Der Preis für die Kartoffeln wird voranschläglic nicht mehr als 6 Mark pro Doppelcentner betragen. Alle diejenigen, welche von diesem Anerbieten Gebrauch machen wollen, werden ersucht, ihren Bedarf an Kartoffeln unter Benützung der vorgeschriebenen Formulare bis zum 1. October d. Js. im Rathhaus, Zimmer 27, anzumelden. Formulare zur Anmeldung können in dem städtischen Rath, Markt- platz Nr. 17, in Empfang genommen werden. Unter der Voraussetzung, daß der Preis von 6 Mark für den Doppelcentner nicht überschritten wird, sind die Besteller verpflichtet, die Kartoffeln nach Bedarf abzunehmen. Für den Fall, daß diese teurer werden sollten, bleibt weitere Vereinbarung vorbehalten.

Rechenheim, 16. Sept. (Spätkommer, aber er kommt), der Neubau eines zeitgemäßen und zweckdienlichen Stationsgebäudes an Station Mainkur. Die Umgestaltung der Bahnhofsanlage wird schon seit Jahren als ein dringendes Bedürfnis empfunden. In Anbetracht des eminenten Personenverkehrs, den Station Mainkur aufweist. Das Gebäude kommt unmittelbar an den Eingang der Gleisunterführung zu stehen und bringt eine Märgung des Weges von der Sperre bis zu den Bahnsteigen. Während der Bahnsteig 1 auf eine genügende Länge mit Zementplatten belegt worden ist, ist dem Wunsche des Publikums nach einer Überdachung der Bahnsteige, um mehr Schutz vor Regen und Schnee zu haben, bis heute leider nicht entsprochen worden. Hoffentlich wird das Versäumte später nachgeholt.

Rechenheim, 16. Sept. (Die Fassung der Kriegs-
unterstützung) findet am 17. und 18. d. M. statt, und zwar für
die Empfängerinnen mit den Nummern 1 bis 175 Freitag vor-
mittags von 8 bis 10 Uhr, 176 bis 330 von 10 bis 12 Uhr, 331 bis
525 Samstag vormittags von 8 bis 10 Uhr, 332 bis 526 von 10
bis 12 Uhr.

Aus dem Oberwesterwaldkreis, 13. Sept. (Neue Verordn.) Mit dem 16. Sept. tritt eine neue Verordnung über den Mehlverbrauch in Kraft. Selbstverforgten erhalten 10 Kilogramm Korn für den Monat. Auf den Kopf und Tag kommt 225 Gramm Mehl für die übrige Bevölkerung. An Brot dürfen nur hergestellt werden Kriegsbrod 2,3 Kilogramm und Schrotbrod 2,3 Kilogramm und Weizenbröden zu 72 Gramm. Die Mehl- und Brotpreise sind wie folgt festgesetzt: Weizenmehl 43 Mark, Roggenmehl 33 Mark, Schrotmehl 31 Mark der Doppelzentner. Im Kleinverkauf dürfen 2 Mark für den Doppelzentner aufgeschlagen werden. Kriegsbrod zu 2,3 Kilogramm kostet 70 Pf., Schrotbrod zu 2,3 Kilogramm 65 Pf., Bröden zu 72 Gramm 5 Pf. An Weizenmehl darf für Monat und Kopf der Bevölkerung nur 1 Pfund verbraucht werden. Diese letztere Bestimmung wird kaum bestehen bleiben können, da in der Küche kaum mit diesem Quantum ausgekommen werden kann.

Siechen, 15. Sept. (Reiche Obsternte.) Der große Obstertrag an den 54 Kreisstraßen des Kreises Siechen, der in der kommenden Woche zur Versteigerung kommt, wird auf rund 8200 Zentner Äpfel beider Sorten geschätzt. An der Straße von Gehrburg nach Röhliges gelangen außerdem 50 Zentner Bohnenfrüchte zur Ausbuchtung.

Aus Frankfurt a. M.

Krieg und Kriegsfürsorge.

Vom Parteisekretariat wird uns geschrieben:
In 15 Distriktsversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins, die in den letzten Tagen stattfanden und die gut besucht waren, wurde das Thema behandelt: Die Versorgung der Kriegsteilnehmerfamilien durch Staat, Gemeinde und private Kriegsfürsorge.

Die Referenten haben bei der Erörterung dieser Fragen unseren grundsätzlichen Standpunkt hervor, daß Staat und Gemeinde die Pflicht haben, für die Familien der Kriegsteilnehmer und die durch den Krieg in Not geratenen Personen in ausreichendem Maße zu sorgen. Der Staat kommt dieser Pflicht leider nur in geringem Maße nach. Die in dem Gesetz vom 28. Februar 1888 betreffend die Unterstützung von Kriegsteilnehmerfamilien vorgesehenen Unterstützungssätze (12 Mark für die Ehefrau und 6 Mark für jedes Kind) sind so minimal, daß es unmöglich ist, mit ihnen das Leben auch nur ganz dürftig fristen zu können. Durch das fortgesetzte Drängen unserer Vertreter im Reichstag hat sich die Regierung jetzt bereit erklärt, diese Sätze um 20 bis 25 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung entspricht aber nicht der ungeheuren Lebensmittelpreiserhöhung, die der Krieg brachte, und ist noch viel zu gering. Den Gemeinden (Lieferungsverbänden) ist vom Staat die Pflicht auferlegt, zu den Unterstützungssätzen des Staates, die als Mindestsätze anzusehen sind, Zuschüsse zu gewähren. Die Gemeinden kommen aber dieser Pflicht auch nur sehr mangelhaft oder gar nicht nach. Nach einer Zusammenstellung der Generalkommission der Gewerkschaften leiten von 3740 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern über 2000 keine Zuschüsse. So wird von Staat und Gemeinde für die Familien, deren Ernährer draußen ihr Blut für das Vaterland opfern, nur geringe geleistet.

Auch in Frankfurt a. M. entspricht der Aufschub der Stadt bei weitem nicht den Bedürfnissen. Zuerst betrug der städtische Zuschuß 50 Prozent, um dann im Herbst vorigen Jahres auf die Forderung unserer Stadtverordneten auf 100 Prozent für die Frauen erhöht zu werden. Aber auch mit 24 Mark monatlicher Unterstützung können die Kriegsfrauen nicht leben, sie sind darum in Frankfurt auf die private Kriegsfürsorge angewiesen, die eine Ergänzung der städtischen Kriegsfürsorge ist und von der Stadt auch subventioniert wird. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat ja — um die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittel etwas auszugleichen — schon vor einigen Monaten erneut eine Erhöhung der Unterstützung beantragt. Dieser Antrag liegt aber immer noch bei der großen Kriegskommission und harret dort seiner Erledigung. Man will zuerst eine Statistik aufnehmen und unteruchen, ob eine Erhöhung auch notwendig ist!

Die private Kriegsfürsorge gewährt, wenn neben der staatlichen und städtischen kein Einkommen vorhanden ist, pro Woche 5 Mark und einen Mietzuschuß bis zu 15 Mark. Ist der Betrag der Miete, den die Frau zu zahlen hat, so hoch, daß ihr zum Lebensunterhalt weniger wie 30 Mark monatlich bleiben, werden auch höhere Mietzuschüsse gegeben. Die Kriegsfürsorge rechnet also für eine Frau ohne Kind für den monatlichen Lebensunterhalt 30 Mark, für jedes Kind 10 Mark. Daneben gibt's noch außerordentliche Unterstützungen, wie in der „Volksstimme“ erst neulich dargelegt worden ist. Aber auch diese Sätze sind so minimal, daß es fast unbegreiflich erscheint, wie die Frauen damit durchkommen. Die Folge ist Hunger und Not und Unterernährung. Die in der Kriegsfürsorge tätigen Genossen haben darum wiederholt bei der Zentralleitung der Kriegsfürsorge um Erhöhung der Unterstützungssätze ersucht. (Die Erhöhung soll, wie wir hören, vom 1. November an erfolgen. Red. d. „V.“.)

Ende August kamen die in der Kriegsfürsorge tätigen Genossen zusammen und faßten einen Beschluß an die Zentralleitung der Kriegsfürsorge, in dem sie ihr Bedauern ausdrückten, daß bisher, trotz der allgemein bekannten Notlage der Kriegsteilnehmerfamilien eine Erhöhung der Unterstützungssätze nicht vorgenommen wurde. Am weiteren wurde die Zentralleitung der Kriegsfürsorge ersucht, „baldmöglichst Mittel zur Beschaffung billiger Kohlen und Kartoffeln bereit zu stellen, um damit die Not der Familien der Kriegsteilnehmer zu lindern“.

Die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft haben also versucht, Not und Entbehrung von den Familien der Kriegsteilnehmer abzuwehren, und verlangt, daß sie ausreichend unterstützt werden.

In den Distriktsversammlungen wurde die Tätigkeit der privaten Kriegsfürsorge als Ergänzung der staatlichen und städtischen Unterstützung anerkannt. In der Ausdrucks wurden aber von Kriegsfrauen Klagen über die Behandlung und über geringe Unterstützungen vorgebracht. Manche Damen in der Kriegsfürsorge lassen es an sozialem Verständnis fehlen und üben ihre Tätigkeit aus, als wenn es von ihrer Gnade abhängt, ob die Frauen Unterstützung erhalten. Da-aegen kann man sich nicht schamig wenden. Ein Grund-liebel ist auch die ungleiche Unterstüttungsgewährung in den einzelnen Bezirken. In vielen Bezirken wird nicht all das gewährt, was gewährt werden kann und auch in anderen Bezirken bewilligt wird. Da kann man nur — was in den Versammlungen auch getan wurde — die Kriegsfrauen ersuchen, zu fordern. Sie haben ein Anrecht auf die Unterstützungen der Kriegsfürsorge, und es steht ihnen auch das Beschwerderecht an die Kontrollkommission, Stiftstraße 30, zu. Gewünscht wurde auch in den Versammlungen, daß mehr Vertreter der Arbeiterschaft in der Kriegsfürsorge tätig sein sollten. Am Nordendbezirk verdrückte sich dieser Wunsch zu einem Antrag an Parteivorstand und Kartellauschuss, bei der Zentralleitung der Kriegsfürsorge dahin zu wirken, daß auch in der Abteilung für Kriegsteilnehmer des Nordendbezirks Vertreter der Arbeiterschaft tätig sind.

Als Entschluß der Kundgebungen wurde eine vom Vorstand vorgelegte Resolution angenommen, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze von Staat, Gemeinde und privater Kriegsfürsorge verlangt. Auf eine von anderer Seite in mehreren Bezirken eingebrachte gleichlautende Resolution entfielen überall nur wenige Stimmen. Die angenommene Entschließung lautet:

Die Unterstützung hält es für die erste Pflicht des Staates und der Gemeinde, in ausreichendem Maße für die Familien der Kriegsteilnehmer zu sorgen. Sie spricht aus, daß diese Pflicht noch besser erfüllt werden muß, als bisher.

Die Leistungen der privaten Kriegsfürsorge sind eine wertvolle Ergänzung jener Sätze. Die Versammlung bedauert jedoch, daß nicht in allen Bezirken in gleichmäßiger Weise unterstützt wird, daß vielmehr eine Anzahl Bezirke vorhanden sind, in

denen die Not der Familien nicht hinreichend gemildert wird. Sie fordert die Zentralleitung der Kriegsfürsorge und die Kriegsteilnehmerfamilien der betreffenden Bezirke auf, energig auf Beseitigung dieser Ungleichheiten hinzuwirken.

Die Versammlung hält es bei der gegenwärtigen Lage aber auch für notwendig, daß die Unterstützungssätze vom Staat, der Gemeinde und der Kriegsfürsorge erhöht werden und daß letztere ferner ungesäumt Maßnahmen ergreift, durch die es den Kriegsteilnehmerfamilien möglich ist, sich für den Winter genügend mit Kohlen und Kartoffeln zu versorgen.

Die von der Kriegsfürsorge errichteten Regimentskassen können nur der Anfang einer einheitlich auszubauenden Einrichtung für billige Vollverpflegung sein. Anzustreben ist, daß aus ihnen mit größerer städtischen Zuschüssen vollständige und von Armeelieferung befreite Speiseanstalten gemacht werden, die gute Aufenthaltsräume und ausreichende Portionen gewähren.

Wir erwarten, daß die bereits angekündigte Erhöhung der staatlichen Unterstützung baldigst durchgeführt wird und auch die Gemeinde, sowie die private Kriegsfürsorge ihre Sätze erhöht, so daß die Kriegsteilnehmerfamilien vor schlimmster Not und Elend geschützt werden.

Die Milchpreisfrage. Die für den 15. September angekündigte gemeinliche Milchpreiserhöhung ist erfreulicherweise nicht eingetreten, da es nicht möglich war, zwischen den Bedürfnissen und den Interessen bis zum genannten Tage eine Verständigung zu erzielen. Den Landwirten wurde vom Verhandlungsleiter mitgeteilt, daß erst dann eine Preisänderung eintreten kann, wenn eine allseitige Verständigung herbeigeführt ist. Wie uns ein Berichterstatter meldet, hat der Regierungspräsident Dr. v. Reijter auf den 22. September eine Verständigungskonferenz anberaumt, die aller Voraussicht nach eine Einigung mit dem Ergebnis bringen werde, daß eine Milchpreiserhöhung eintreite. Wir würden das im Interesse der Konsumenten außerordentlich bedauern. Eine Notwendigkeit zur Erhöhung der Milchpreise liegt in unserem Bezirk nicht vor. In vielen anderen Städten ist der Milchpreis noch niedriger, wie in Frankfurt und Umgebung. In Köln macht jetzt die Stadt 20 Verkaufsstellen auf, in denen sie Milch zu 28 Pfennig an die ärmere Bevölkerung abgibt.

Die Frankfurter Gasgesellschaft gibt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1914/15 bekannt. Wie sie sagt, hat der Weltkrieg das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres nicht wesentlich beeinflusst. Zwar trat mit dem Ausbruch des Krieges durch die stark eingeschränkte Straßenbeleuchtung und durch die von allen Schichten der Bevölkerung geübte Sparsamkeit auch auf dem Gebiete des Gasabzuges ein wesentlicher Rückgang ein, doch wurde dieser infolge des Petroleummangels, wenn auch nicht vollständig, so doch zu einem großen Teile wieder eingeholt, so daß die Gasabgabe gegen das Vorjahr nur um 5,89 Prozent zurückgegangen ist. Diesem Rückgang steht in den Vorjahren eine jährliche Zunahme von 4 bis 7 Prozent gegenüber. Auch für das laufende Geschäftsjahr darf nach den Ergebnissen der ersten 5 Monate wieder mit einem vermehrten Gasabzug gerechnet werden. Da Petroleum hauptsächlich von der weniger bemittelten Bevölkerung verwendet wird, so waren die Vorkosten auf Mängelmaßnahme, sowie die Lieferung von Lampen und Gaslochern ohne Anlagelosten für den Gasabnehmer, ungemein zahlreich. Infolge Mangel an geübten Leuten, sowie an Installationsmaterial und Mängelmaßnahme, konnten und können diese Aufträge leider nur sehr langsam ausgeführt werden, so daß die täglichen Vorkosten die Erledigung übersteigen. Der Mangel an Leuten machte sich auch in den übrigen Abteilungen des Betriebes sehr fühlbar, da eine große Anzahl der Heamanen und Arbeiter (496 am 31. März) zum Heeresdienst eingezogen wurde. Für die im Hause stehenden Heamanen und Arbeiter wurden nur Auszubildende angenommen, um den Heimkehrenden die Arbeitsstätten offen zu halten. Den Familien der für das Vaterland kämpfenden Heamanen und Arbeiter wurden von der Direktion noch der Minderzahl abgetretene Unterstüttungen bewilligt. Auch übernahm die Gesellschaft auf ihre Kosten die Weiterverpackung bei der Krankenkasse. Ferner wird der Arbeiterschaft für die Dauer des Krieges eine Teuerungszulage gewährt. Die hierfür und für sonstige Kriegsausgaben aufgewendeten Beträge beliefen sich am Schlusse des Geschäftsjahres auf 154 428,88 Mark. Die Gesamteinnahmen haben sich gegen das Vorjahr um 285 918,56 Mark vermindert, die Unkosten um 117 413,30 Mark. Das Reparaturkonto erforderte 42 237,48 Mark weniger. Die Abgabe an die Stadt Frankfurt hat 602 082,06 Mark betragen, das sind 23 848,06 Mark weniger als im Vorjahre. Dem Pensionsfonds wurden wieder 40 000 Mark zugewiesen und für Talonsteuer 13 800 Mark zurückgefordert. Für Abschreibungen wurden 803 120,01 Mark verwendet, das sind gegen das Vorjahr 1298,45 Mark mehr. Das Geschäftsergebnis schließt mit einem Reingewinn von 1 664 643,87 Mark, was gegen 1913/14 einen Mindergewinn von 102 788,60 Mark ergibt. Laut getroffener Vereinbarung wird eine Dividende von 10 Prozent zur Ausschüttung kommen. Infolge des Verlustes der englischen Aktien an die Stadt Frankfurt scheiden aus dem Aufsichtsrat aus die Herren: William W. Drorn, Direktor a. D., in Frankfurt a. M., Sir Charles James Jessel, Bart., in Goudhurst (Kent), Colonel Hermann Le Roy-Lewis in Vetterfield (Somerset), Robert Thordall in Woburn, Bedfordshire, Robert William Biffort in Kingston-on-Thames (Surrey).

Taubenhof. Von der Feldpolizei ist für die diesjährige Herbstjagdzeit die Zeit, in der die Tauben eingesperrt zu halten sind, vom 20. September bis 1. November festgesetzt worden. Da von den Tauben in den frisch eingesäten Feldern großer Schaden angerichtet wird, wird die Feldpolizei gegen diejenigen, die ihre Tauben in der angegebenen Zeit nicht in den Schlägen eingesperrt halten, unmissverständlich Strafbewehrung erlassen.

Schuljugend und Kriegsgefangene. Ein Erlaß des Kultusministers warnt die Schuljugend vor dem Verkehr mit Kriegsgefangenen, die in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

Eine seltene Orchidee blüht zurzeit in dem Hause 11 des Valmargarten, Renanthora Lowii, auch als Vanda Lowii bekannt. Die Pflanze stammt aus Vorneo. Das hier befindliche Exemplar, das zurzeit sechs Blütenrispen von herrlicher Länge trägt, wurde dem Palmengarten der Gärten von Herrn Geh. Kommerzienrat Dr. Leo Hans zum Geschenk gemacht. Eigenartig am dem Blütenstand ist, daß er verschiedenfarbige Blüten trägt; die beiden unteren, d. h. die dem Ursprung des Blütenstandes am nächsten stehenden, sind anders gefärbt und gefärbt, als die übrigen sehr zahlreichen Blüten, die an meterlangen Rispen angeordnet sind. Die ersten sind orangefarb und rot gefärbt und haben einen eigentümlichen Geruch, während die anderen auf hellgelbem Grunde violett, unregelmäßige Flecken zeigen.

Kriegsunterstützungsschwinder. Ein angeblicher Russe Anton Bender vom Infanterie-Regiment 223 treibt seit längerer Zeit in hiesiger Stadt Unterstützungsschwindelen. Er erhebt sich Ansprüche und läßt sich Geldgeschenke machen. Meistens gibt er fälschlich an, daß er bereits im vorigen Jahre bei Ausbruch des Krieges Vorkosten u. s. w. erhalten habe. Er erzählt dann seine Lebensgeschichte aus dem Felde und bittet um Unterstützung bzw. weitere Geschenke. Bender ist mittelgroß, trägt hellbraune, ziemlich abgetragene Uniform, hat schwarzes dünnes stoffenes Kopftuch, blauen schwarzen Schnurrbart, blaue Gesichtsfarbe, stehende graue Augen und geht am Stiel. Er hat aufnehmend eine gewisse Verbindung an der rechten Hand und lahm an einem Fuß. Er trägt das schwarzgelbe Band der kaiserlichen Tapferkeitsmedaille und das Eiserne Kreuz 2. Klasse. Es wird ersucht, den Mann festzuhalten. Angaben über Bender werden bei der Kriminalpolizei, Zimmer 408, entgegengenommen.

Ungesahen. Ein Radfahrer brachte am Mittwoch nachmittag in der Hofgasse ein stilles Rad mit sich zu Fall. Es erlitt eine erhebliche Armerverletzung und mußte dem Heilgeisthospitals zugeführt werden.

Briefkasten der Redaktion.

E. Sch., Diebstahl. Die Kriminalpolizei ist eine Behörde, und diese muß bezahlt werden. Kommen Sie um Nachschuß oder Stundung ein, Gen. A. u. h. Wir sind nicht in der Lage, Ihren Wunsch zu erfüllen. Wer nicht weiß, ob er sich melden muß, dem bleibt nichts anderes übrig, als sich beim Bezirkskommissar zu erkundigen. A. S. Schnurasse. Sowohl; Sie müssen sich zur Stammtafel melden.

Gerichtssaal.

Frankfurter Straßammer.

Ein schwerer Junge. In den Wintermonaten wurden hier etwa 15 Villeneinbrüche begangen, die alle die gleiche Einbrechertechnik zeigten. Es war kein Zweifel, daß hier ein geübter Mann am Werke war, der mit großer Verschlossenheit und Verwegenheit vorging. So pflegte er sich die Hände mit Tüchern zu umwickeln, um seine Fußspuren zu hinterlassen. In zwei Fällen aber hatte er trotz aller Vorsicht das Verhängnis, daß Fingerabdrücke am Tatort zurückblieben, und an ihnen wurde als der Täter in diesen beiden Fällen der 23jährige Schlosser Karl Debus erkannt, der schon sechs Jahre Jugendhaus auf einem Sitz Debus hat. Es konnte ferner festgestellt werden, daß Debus Sachen in Händen gehabt hat, die aus zwei weiteren Villeneinbrüchen herstammten. In diesen vier Fällen hielt das Gericht den Beweis gegen den hartnäckig leugnenden Angeklagten für ausreichend und verurteilte unter Einrechnung einer in Mainz über ihn verhängten Jugendhausstrafe von vier Jahren auf zehn Jahre Jugendhaus, zehn Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Aus dem Glas geraten. Als entgleister Kaufmann und Sekretär stellte sich an der Straßammer der 23jährige Hotelmarbier Hans Engel aus Erlangen vor. Nachdem er einmal lange Finger gemacht hatte und dafür bestraft worden war, ist er immer tiefer gesunken. Zuletzt hatte er als Büchse für 24 Diebstähle vier Jahre Gefängnis abgemacht. Nun hatte er, obwohl er Arbeit gefunden hatte, dieselben Streiche wieder gemacht. Elegant gekleidet, geht er in Hotel hinein und holt aus unverschlossenen Kammern heraus, was ihm mißnehmenswert erscheint. So hat er es hier, in Homburg und Wiesbaden gemacht. Gelegentlich hängt er auch in Kofferschreibern Heberzieher ab oder stiehlt in Monstergärten während der Pause den Rasen der Instrumente von der Rasenfläche. Hier hat er in drei Fällen wertvolle Instrumente mitgehen lassen. Er war geschnäbelig, in kurzer Zeit wieder 13 vollendete Diebstähle begangen und einen verurteilt zu haben. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis.

Ein ungeratener Sohn. Eine alte Mutter aus Oberstedten hatte gegen ihren ungeratenen Sohn, den 31jährigen Tagelöhner Josef Jäger Strafantrag wegen Diebstahls gestellt. Der Söppel war bei ihr eingetiegt und hatte die Bürde geerbt, die für seinen gegen die Mutter kämpfenden Bruder bestimmt waren. Ein anderes Mal, als er „zu Besuch“ da war, hatte er den Diebstahlsbüchern und -Enten der Mutter die Hölle umgedreht und sie zerhackt. Einer Nachbarin, von der er nur Gutes empfangen hatte, stahl er zum Teil ihre letzten paar Mark. Die Straßammer erkannte auf ein Jahr und neun Monate Gefängnis.

Telegramme.

Die russische Regierungskrise.

London, 16. Sept. (B. B. Nichtamtlich.) Die „Times“ melden aus Petersburg: Die Rückkehr Goremykins aus dem Hauptquartier hat die Lage nicht gebessert. Der Wechsel im Ministerpräsidium scheint aufgehoben worden zu sein. Man wird versuchen, die Vorschläge des fortschrittlichen Blocks auszuführen. Kurze Parlamentssitzungen sind nicht unwahrscheinlich, aber noch nicht absehbar. Man muß hoffen, daß, wie immer die Entscheidungen des Ministerrates ausfallen mögen, kein Streit entstehen werde. Die „Nowoje Wremja“ will den hartnäckigen Gerüchten von einer bevorstehenden Auflösung der Duma keinen Glauben schenken. Die „Börzenzeitung“ meldet aus besser Quelle, daß wohl einige Punkte in dem Programm des fortschrittlichen Blocks in Erwägung gezogen werden mögen, daß aber der Forderung des Blocks nach einer Umgestaltung des Ministeriums, die nicht die Unterstützung der großen Masse der Bevölkerung habe, ein unbedingtes non possumus (wir können nicht, es ist unmöglich) entgegengekehrt würde. Es werde neuerdings der Versuch einer Verständigung mit dem Block gemacht werden, und wenn dieser fehlschlagen sollte, würde der jetzigen Regierung die Verantwortung für die Ermöglichung des Sieges und für die notwendigen Neuerungen zufallen.

Räumung von Kiew?

Kopenhagen, 16. Sept. (B. B. Nichtamtlich.) Die „National Tidende“ meldet aus Petersburg: Trotz ungeheurer übertriebener Siegesmeldungen, die die Russen jetzt über Kämpfe verbreiten, beginnen die Russen bereits mit der Räumung von Kiew. Die Bevölkerung Südrusslands ist sehr aufgeregt darüber, daß ihre alte Hauptstadt auf Anordnung der russischen Regierung geräumt werden soll. Mit der Räumung ist bereits begonnen worden. Die Professoren und Studenten der Hochschule ziehen nach Saratow um. Wegen Papiermangels erscheinen die Kiewer Zeitungen im Miniaturformat.

Englische Justiz in Indien.

London, 16. Sept. (B. B. Nichtamtlich.) Die Blätter melden aus Kalkutta: In dem Prozeß wegen der Verhinderung von Labore ist das Urteil gefällt worden: 24 Angeklagte wurden zum Tode, 27 zu lebenslänglicher Verbannung und 6 zu Gefängnis verurteilt.

Wiesbadener Theater.

Kessenz-Theater.

Donnerstag, 16. Sept., 7 Uhr: „Die Försterrötel“.
Freitag, 17. Sept., 7 Uhr: „Der fidele Bauer“.
Samstag, 18. Sept., 7 Uhr: „Der fidele Bauer“.
Sonntag, 19. Sept., 7 Uhr: „Die Försterrötel“.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Freitag, 17. Sept., 7½ Uhr: „Undine“. Auf. Abonn. Ermäß. Fr.

Frankfurter Schauspielhaus.

Freitag, 17. Sept., 1/8 Uhr: „Die deutschen Kleinstädter“. Auf. Abonn. Ermäß. Fr.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren
Große Auswahl. Billige Preise.

Karl Sommer, Kürschner,
41 Wellritzstrasse 41.

Lieferant des Konsumvereins für
Wiesbaden und Umgegend.

Fronten-Karten
Neuere Ausgaben bis 10. September
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung Volksstimme